

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 18/2536, 18/3056, 18/3216 Nr. 3 –**

Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2014 bis 2017

A. Problem

Die gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts für den Auslandsrundfunk Deutsche Welle (DW) ist gesetzlich verpflichtet, jeweils für den Zeitraum von vier Jahren eine Aufgabenplanung zu erstellen.

In der vorgelegten Aufgabenplanung 2014 bis 2017 definiert die Deutsche Welle das Ziel, ihre Reichweite weiter erheblich zu steigern, eine Spitzenposition im Wettbewerb der Auslandssender einzunehmen und die Deutsche Welle als globalen Informationsanbieter aus Deutschland zu positionieren. Der Auslandssender will bis 2017 den Schwerpunkt auf ein englischsprachiges Angebot legen, weil damit das höchste Nutzungspotenzial verbunden sei, vor allem in den beiden wichtigsten Zielregionen Asien und Afrika. Um den Bedürfnissen der Zielgruppen besser gerecht zu werden, soll das journalistische Angebot neu zugeschnitten und konsequent multimedial geplant und verzahnt werden. Die Deutsche Welle will vor allem globale Entscheider und die Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung erreichen, sie dialogisch und interaktiv ansprechen und bei ihnen Relevanz gewinnen. Im Ergebnis will die Deutsche Welle die internationale Medienagenda künftig stärker als bisher prägen.

In ihrer Stellungnahme unterstützt die Bundesregierung die Neuausrichtung. Wenn die Deutsche Welle ihren Programmauftrag mit begrenzten Mitteln auch künftig erfüllen wolle, sei es konsequent, das journalistische Profil zu schärfen, sich inhaltlich auf Zielgruppen zu konzentrieren und multimedial zu agieren. Die Bundesregierung begrüßt auch, dass der Auslandssender bestrebt ist, im internationalen Wettbewerb Akzeptanz und Reichweite auszubauen.

B. Lösung

Annahme einer EntschlieÙung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Deutsche Welle bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aufgaben zu unterstützen sowie sie dauerhaft und spürbar zu stärken. Die Bundesregierung soll die notwendige und bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle langfristig gewährleisten und dabei unter anderem steigende Personalkosten angemessen berücksichtigen. Die Deutsche Welle soll in die Lage versetzt werden, als wichtiger Partner der Außen- und Entwicklungspolitik sowie im wachsenden internationalen Wettbewerb um mediale

Aufmerksamkeit zu agieren. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Deutsche Welle auch in ihrer Rolle als Kulturmittlerin im In- und Ausland zu unterstützen und ihr bei der Vernetzung zu helfen. Dies gilt etwa mit Blick auf den Beitrag der Deutschen Welle zum Reformationsjubiläum 2017, zum Bauhausjubiläum 2019 und zum Beethovenjahr 2020. Die Potenziale, die eine Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bietet, sollen für die bestmögliche Darstellung Deutschlands in der Welt genutzt werden. Die Bundesregierung soll die Deutsche Welle als wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anerkennen und dabei helfen, dass die Deutsche-Welle-Akademie (DW Akademie) zum Aufbau von freien und unabhängigen Medien beitragen kann.

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung der Fraktion DIE LINKE. oder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

D. Kosten

Die Deutsche Welle finanziert sich aus einem jährlichen Zuschuss und aus Zuwendungen des Bundes sowie sonstigen Einnahmen. Für die Aufgabenplanung sind gemäß dem Deutsche-Welle-Gesetz die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers maßgeblich.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056, 18/3216 Nr. 3 die folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der vorliegenden Aufgabenplanung für den Zeitraum von 2014 bis 2017 beschreibt die Deutsche Welle (DW) in „eigener Verantwortung unter Nutzung aller für ihren Auftrag wichtigen Informationen und Einschätzungen, insbesondere vorhandenem außenpolitischen Sachverstand“ (§ 4a Abs. 1 Deutsche-Welle-Gesetz) ihre Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung, aber auch Herausforderungen und den aus ihrer Sicht notwendigen Anpassungsbedarf für den betreffenden Zeitraum. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag nehmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens (§ 4b Abs. 3 DWG) zu dieser Aufgabenplanung Stellung. Die Entscheidung über die Aufgabenplanung geschieht letztlich in eigener Verantwortung der DW und ihrer rundfunkrechtlichen Unabhängigkeit gemäß Art. 5 Grundgesetz.

Neben der Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung (Drucksache 18/3056) ist der Evaluationsbericht 2013 der Deutschen Welle (Drucksache 17/14285) eine Grundlage der Bewertung durch den Deutschen Bundestag. Darin werden die Herausforderungen in den vergangenen und den kommenden Jahren beschrieben.

Aufgaben und Auftrag der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle ist der Auslandssender Deutschlands und als solcher das Schaufenster unseres Landes. Sie prägt die mediale Wahrnehmung unseres Landes in der Welt und ist ein wichtiger Träger und Partner der auswärtigen Politik Deutschlands.

Ihre unabhängige Berichterstattung macht sie zu einer weltweit anerkannten medialen Stimme, die für demokratische und freiheitliche Werte steht, die Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation heute prägen: Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die soziale Marktwirtschaft und unseren sozialen Ausgleich. Zugleich vermittelt die Deutsche Welle ein Bild unseres Landes, wie es ist: weltoffen, global vernetzt, mit einer verantwortungsvollen Rolle in der Welt.

Die im Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) verankerten Ziele, „Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich [zu] machen.“ Und „deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum [zu] geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern.“ (§ 4 DWG), gelten unverändert fort und sind Maßstab und Grundlage der Arbeit der Deutschen Welle zugleich. Dabei liegen unverwechselbare Merkmale der DW – ihr Markenkern – in ihrer regionalen Kompetenz und diesem, über viele Jahre aufgebauten, stabilen Vertrauen, die komplexen Weltereignisse aus einer wertorientierten deutschen und europäischen Perspektive zu erklären.

Aus dem Bundeshaushalt finanziert hat sie einen staatlichen Auftrag. Sie trägt zur Reputation Deutschlands bei und fördert die deutsche Sprache und Kultur. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Deutsche Welle frei von staatlicher Einflussnahme.

Internationales mediales Umfeld

Das Jahr 2014 ist durch eine Vielzahl internationaler und auch europäischer Krisen und bewaffneter Konflikte geprägt. Im Zeitalter der Digitalisierung steigt die Bedeutung von weltweiter medial vermittelter Kommunikation. Der internationale Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Multiplikatoren, gesellschaftlichen Führungskräfte und Teilnehmer an der politischen Willensbildung weltweit wird härter und hat sich seit der Erstellung des Evaluationsberichts 2013 weiter verschärft. Für die Deutsche Welle stehen im Bundeshaushalt 2015 rund 287 Millionen Euro zur Verfügung. Demgegenüber geben nach Erkenntnissen der Deutschen Welle andere Staaten, insbesondere China, Iran und Russland, erheblich mehr Mittel für ihren Auslandsrundfunk aus. Hierdurch entsteht eine Asymmetrie der Kräfte.

Gleichzeitig wächst die Erwartung, schnell und nach journalistischen Kriterien professionell aufbereitete Informationen zur Verfügung zu stellen – in einem Umfeld, in dem immer mehr Staaten die Bedeutung einer medial vermittelten, globalen Kommunikation erkennen und erhebliche Mittel in ihre Auslandssender investieren, terroristische Organisationen das Internet mit einer starken Präsenz gezielt für sich nutzen sowie gleichzeitig in zahlreichen Ländern freie Medien aufgrund mangelnder Vielfalt oder von Repressionen nur schwer zugänglich sind oder Informationen zensuriert oder gar manipuliert werden.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der neuen Verantwortung deutscher Außenpolitik in der Welt steigt die Bedeutung des deutschen Auslandssenders.

Auch die deutsche Gesellschaft ist ein Adressat des internationalen Kommunikationswettbewerbs. In den letzten Jahren sind verstärkte Aktivitäten anderer Auslandssender zu registrieren, sich mit Rundfunk- bzw. Onlineangeboten in deutscher Sprache an die Bevölkerung in Deutschland zu wenden. Hier ist aufgrund ihres Auftrags, Programme für Nutzer außerhalb Deutschlands zu veranstalten, allerdings nicht die Deutsche Welle in der Pflicht, für Meinungsvielfalt zu sorgen, sondern die „innerdeutschen“ öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und private Medienanbieter.

Neben der stark gestiegenen Bedeutung medial vermittelter Kommunikation verändert das sich weiter wandelnde Mediennutzungsverhalten die Rahmenbedingungen für die Deutsche Welle. Infolge der Digitalisierung und der fortschreitenden Konvergenz der Medien ist in weiten Teilen der Welt über das Internet jedes Medienangebot verfügbar. ARD und ZDF bieten weite Teile ihres aktuellen Programms zudem über Livestreams und Mediatheken an, jedoch kann dieses Angebot auch aus rechtlichen Gründen (bspw. wegen fehlender Nutzungsrechte) nicht überall gesendet werden. Deutsche im Ausland sind insofern weniger als bislang auf die Programme der Deutschen Welle angewiesen. Überwiegend nutzen diese über das Internet oder Satellit die vertrauten Heimatprogramme.

Diese Entwicklungen, auf die die Deutsche Welle bereits seit 2010 mit programmlichen und strukturellen Reformen reagiert, haben sich weiter dynamisiert und vertieft.

Bewertung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2014 – 2017

A) Zentrale Ziele und Schwerpunkte

Deutschland steht mit seinem demokratischen Werteverständnis in einem weltweiten Wettbewerb um die öffentliche Meinung. Es gilt, für unsere freiheitlich-demokratischen Werte zu werben sowie unser kulturelles Erbe und die zeitgenössische Kultur darzustellen. Die Zielgruppen der Deutschen Welle, im Entwurf der Aufgabenplanung 2014 – 2017 definiert als „globale Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung“, sollen mit der Vermittlung deutscher und europäischer Sichtweisen auf die Geschehnisse im jeweils eigenen Land erreicht werden. Deutschlands Stimme ist in der Welt gefragt. Zudem muss auch die Bundesrepublik

Deutschland ihre Interessen in der Welt verfolgen. Daher begrüßt der Deutsche Bundestag die Zielsetzung, die Zahl der wöchentlichen Nutzerkontakte der DW von derzeit 101 auf 150 Millionen zu steigern.

Mit dem Entwurf der Aufgabenplanung 2014 – 2017 positioniert sich die Deutsche Welle als „globaler Informationsanbieter aus Deutschland mit hoher Regionalkompetenz“. Sie erklärt es zu ihrem Ziel, „künftig stärker als bisher die internationale Medienagenda zu prägen“. Diese Schwerpunktsetzung erscheint dem Deutschen Bundestag folgerichtig. Wenn der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen soll, so geschieht dies am aussichtsreichsten über eigene Nachrichten und Informationsangebote, ohne dass die Deutsche Welle zu einem reinen Nachrichtensender würde. Denn das zweite Standbein des Senders soll – gemäß seinem gesetzlichen Auftrag – weiterhin die tagesunabhängige Vermittlung von Deutschlands Sprache, Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und aller Themen sein, für die Deutschland in der Welt heute steht. Dies geschieht insbesondere mittels Dokumentationen, Reportagen und Magazinen, für deren stärkere Einbindung auch die vertiefte Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hilfreich sein kann. Der Deutsche Bundestag versteht die Deutsche Welle als Kulturvermittler und Kulturträger.

Weltweit spielt die Internetnutzung über mobile Endgeräte und die Rezeption und Diskussion journalistisch-redaktioneller Inhalte in sozialen Netzwerken eine zunehmend wichtige Rolle. Daher ist die Entscheidung der Deutschen Welle für eine crossmediale Programmproduktion, die sich auch in senderinternen Strukturreformen niedergeschlagen hat, konsequent und richtig. Sie vollzieht damit auch organisatorisch als eine der ersten deutschen Rundfunkanstalten die Konvergenz der Medien nach. Der Deutsche Bundestag unterstützt den eingeschlagenen Weg der Konzentration auf die Ausspielwege TV und Internet, nicht zuletzt aufgrund der überragenden Wirkung des bewegten Bildes bei der Nachrichtenvermittlung. Kommunikation im Internet ist zu einem bestimmenden Element der Medienlandschaft geworden. Dies schließt die Präsenz in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter und die Entwicklung der Deutsche-Welle-App für Tablets und Smartphones ein, womit die Deutsche Welle auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich viele Nutzer erreicht. Die alleinige Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen ist dem Dialog von Medium und Nutzer gewichen; von dieser Interaktion profitiert der Sender wiederum.

Die multimediale Planung der Angebote sollte aber auch die in der Stellungnahme der Bundesregierung benannten, differenzierten Verbreitungswege in einzelnen Zielregionen berücksichtigen. Zu unterstützen ist daher der Vorschlag der Bundesregierung, zu prüfen, inwieweit das Radio in einzelnen Regionen auch weiterhin „ein adäquates und vergleichsweise günstiges Medium sein kann, mit dem Menschen innerhalb der definierten Zielgruppen erreicht werden können“.

Zur Verbesserung des inhaltlichen Angebots nutzt die Deutsche Welle die Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Der gemeinsame Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin vom 13. Juni 2013 ermöglicht vielfältige Programmübernahmen für das deutschsprachige Angebot, Koproduktionen und Zusammenarbeit bei der Nutzung von Auslandskorrespondenten sowie die Programmverbreitung über Satelliten und den abgestimmten Rechteerwerb. Die seitdem stattgefundenen Entwicklungen sind ermutigend. Jedoch scheitert die Übernahme von Programminhalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio noch zu oft an Rechtefragen. Der Deutsche Bundestag sieht weiteres Potenzial in dem Kooperationsbeschluss von Ländern und Bund und ruft die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Deutsche Welle zu weiteren Anstrengungen auf, die Zusammenarbeit im Sinne einer bestmöglichen Darstellung Deutschlands in der Welt zu optimieren.

B) Programmziele und -maßnahmen

Die Fokussierung auf die englische und deutsche Sprache, die Stärkung der englisch- und deutschsprachigen Angebote und die von der Deutschen Welle als richtige Zielgruppen identifizierten „globalen Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung“ ermöglichen die geplante Schärfung des Profils als globaler Informationsanbieter aus Deutschland mit hoher Regionalkompetenz und interaktiver Kommunikationspartner. Die englischsprachigen Angebote haben weltweit das höchste Nutzungspotenzial. Die geplante Optimierung des linearen englischsprachigen TV-Kanals, verbunden mit einem geschärften journalistischen Profil, kann die Relevanz und die Nutzung der Angebote verbessern. Gleichzeitig muss die Deutsche Welle strukturell sicherstellen, dass sie bei der Vermittlung englischsprachiger Programminhalte die deutsche Perspektive weiterhin angemessen vermittelt. Dies muss auch dadurch sichergestellt werden, dass vorrangig deutsche muttersprachliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die redaktionelle und inhaltliche Gestaltung im Tagesgeschäft durchführen.

Ebenso kann der für Frühjahr 2015 geplante Direktempfang des linearen englischsprachigen TV-Kanals über ASTRA-Satellit die Wahrnehmung und Sichtbarkeit der Deutschen Welle auch in Deutschland steigern.

In Zeiten, in denen die internationalen Medienmärkte sich dynamisch wandeln und der Konkurrenzkampf um weltweite Aufmerksamkeit weiter zunimmt, kommt der Verbreitung von Inhalten steigende Bedeutung zu. Qualitätsprogramme können keine Wirkung entfalten, wenn sie ihre Nutzer nicht erreichen. Die Deutsche Welle befindet sich mit anderen Medienanbietern auch im Wettbewerb darum, auf den reichweitenstarken Plattformen präsent zu sein. Dies stellt nicht zuletzt eine finanzielle Herausforderung dar, weil z. B. Satellitenfrequenzen sehr teuer sind. Die begonnene Strategie der Kooperation mit TV-Marktführern und Satellitenplattformen bspw. in der arabischen Welt, in Asien und Lateinamerika ist richtig. Der Deutsche Bundestag ermuntert die Deutsche Welle, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten.

Für wichtig erachtet der Deutsche Bundestag zudem, dass die redaktionelle Verantwortung bei der Zusammenarbeit mit Partnern in einzelnen Zielländern stets bei der Deutschen Welle verbleibt, wie dies in der Aufgabenplanung mit Verweis auf positive Erfahrung mit so genannten Premiumpartnern dargestellt ist. Gerade in unfreien Medienmärkten muss dies eine zwingende Voraussetzung der Kooperation mit Partnern sein, deren Bekanntheit, Reichweite und Erfahrung sich die Deutsche Welle in den jeweiligen Zielmärkten sinnvollerweise zunutze machen will.

Erfolgreiche Distribution bedeutet in unfreien Medienmärkten auch die Umgehung von Zensur. Die Zahl der Regierungen nimmt zu, die „ihre Bevölkerungen von freien Informationen fernhalten möchten, sei es durch gezielte Störsignale über Satelliten oder gesperrte Websites“ (Drs. 17/14285). Die crossmediale Verbreitung der Inhalte mit dem zusätzlichen Ausspielweg in sozialen Netzwerken ist eine erfolgversprechende Antwort darauf, wie sich bspw. im Arabischen Frühling gezeigt hat.

§ 4 des Deutsche-Welle-Gesetzes schreibt als Ziel vor, die deutsche Sprache zu fördern. Für das Selbstverständnis des Auslandssenders der Kulturnation Deutschland ist ein deutschsprachiges Angebot essenziell.

Es trägt auch zur internationalen Glaubwürdigkeit der Deutschen Welle bei, die Heimatsprache nicht auszublenden. Zumal damit nicht nur Deutsche im Ausland, sondern auch die vielen, am Erlernen der deutschen Sprache interessierten Menschen erreicht werden sollen. Neben der erwähnten Ausweitung der Kooperation mit ARD und ZDF spielt dabei die intensive Zusammenarbeit mit den Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine wichtige Rolle. Menschen, die Deutsch sprechen, suchen weltweit online nach den Informationen, die nicht im Fokus der lokalen Mainstream-Medien stehen. Die DW macht sich diese Entwicklung

zunutze, indem sie alle deutschsprachigen Inhalte digital verfügbar macht. Da die deutsche Sprache die wichtigste Produktionssprache in der Deutschen Welle ist, bildet sie automatisch einen Schwerpunkt in ihrer journalistischen Arbeit. Um ein breit aufgestelltes Bild über den Erfolg der Bemühungen um Qualitätssicherung und um eine weitere Verbesserung der Angebote der Deutschen Welle erzielen zu können, sollten im Rahmen der umfassenden Evaluation auch die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik befragt werden, ob und wie das aktuelle Angebot der Deutschen Welle geeignet ist, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

C) Zielgruppen und -regionen

Insbesondere in der prioritären Zielregion Asien, aber auch in Afrika, der arabischen Region und Lateinamerika will die Deutsche Welle neben Englisch und Deutsch auch die jeweiligen regionalen Sprachen zur Steigerung ihrer Reichweite nutzen. Der Deutsche Bundestag begrüßt diesen Ansatz, der die Wahrnehmung der Deutschen Welle und ihrer Regionalkompetenz in diesen Regionen erhöht. Die Sprachenvielfalt gehört seit jeher zu den Stärken der Deutschen Welle. Daher begrüßt der Deutsche Bundestag die Entscheidung der Geschäftsführung, die portugiesischsprachigen Programmangebote für Afrika doch zu erhalten.

Die Fokussierung der Zielgruppen auf globale Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung ist grundsätzlich richtig, sollte aber im Sinne der Stellungnahme der Bundesregierung je nach Zielregion offen und dynamisch verstanden werden. Gerade in nichtdemokratischen, autoritär regierten Staaten oder politisch instabilen Regionen kann das wichtig sein, auch um die gewünschte Verstärkung des Wirkpotenzials der Deutschen Welle zu ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich das kurzfristig ausgeweitete Angebot russischer und ukrainischer Berichterstattung im Umfeld des Russland-Ukraine-Konflikts. Die Deutsche Welle leistet damit einen wesentlichen Beitrag zu objektiver Berichterstattung in der Region und darüber hinaus. Der Deutsche Bundestag ermutigt die Deutsche Welle, diese Bemühungen weiter zu intensivieren und wird sie dabei unterstützen. Insbesondere russischsprachige Informationsangebote der Deutschen Welle können die Meinungs- und Informationspluralität deutlich verbessern.

Zu berücksichtigen ist, dass Radio – obwohl in den meisten Zielregionen der DW als Medium der Informationsbeschaffung bereits weitgehend abgelöst – in den ländlichen Gebieten Afrikas noch eine vergleichsweise große Rolle mit hohen Nutzungszahlen spielt. Im Zuge des digitalen Wandels werden Radioinhalte zudem zunehmend über andere Endgeräte genutzt – allen voran das Mobiltelefon.

D) DW Akademie

Die DW Akademie bildet in vielen Entwicklungsländern Journalisten aus und trägt mit ihrer hervorragenden und weltweit anerkannten Arbeit zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Zusammenarbeit bei. Damit verfügt die Deutsche Welle weltweit über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Die geplanten Aktivitäten und Schwerpunktsetzungen der DW Akademie werden unterstützt, insbesondere die Stärkung digitaler Formate, um sich für den Schutz von Menschenrechten auch im Internet, die Meinungsfreiheit im digitalen öffentlichen Raum, digitale Vernetzung und Dialog sowie die Vermittlung von Bildung und Wissen einzusetzen.

E) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle, ihr journalistisches Know-how, ihre Erfahrungen und ihre Sprach- und Landeskompentzen sind ihr wichtigstes Potenzial. Wie auch die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme legt der Deutsche Bundestag ausdrücklichen Wert darauf, dass bei allen strukturellen und programmlichen Umstrukturierungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Deutschen Welle einbezogen werden. Der notwendige Wandel und Umstrukturierungen können nur gemeinsam mit ihnen gelingen und müssen sozial verträglich gestaltet werden. Gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und Weiterbildung sollten wesentliche Bestandteile des von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern engagiert mitgetragenen Reformprozesses sein. Dabei ist die Tarifautonomie zu beachten.

F) Finanzen

Die Deutsche Welle finanziert sich durch den Bundeszuschuss bzw. Projektmittel des Bundes. Dieser finanzielle Rahmen wird durch das jährliche Bundeshaushaltsgesetz festgelegt (§ 4b Abs. 6 DWG). Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode haben sich CDU, CSU und SPD zu einer dauerhaften und spürbaren Stärkung der Deutschen Welle bekannt. Gegenüber dem Jahr 2013 wurden die Mittel für 2014 um rund 10 Millionen Euro und für 2015 um rund 13,5 Millionen Euro angehoben. Davon dienen 3,5 Millionen Euro der weiterhin ausgeweiteten russischen und ukrainischen Berichterstattung; die nach Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts umgehend verstärkten Programmanstrengungen der Deutschen Welle sind auf eine sehr positive Resonanz gestoßen. Die Etatsteigerungen sind vom Bewusstsein einer gestiegenen Bedeutung von Auslandsrundfunk in der internationalen medial vermittelten Kommunikation getragen.

Dennoch gestaltet sich der finanzielle Rahmen für den Sender zunehmend eng. Bislang wurde kein Ausgleich für die Steigerung von Personalkosten vorgenommen. Wie alle öffentlichen Einrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden hat die Deutsche Welle jährlich Personalkostensteigerungen, die durch Tarifierhöhungen entstehen und durch Personalverstärkungsmittel ausgeglichen werden sollten. Die im Deutsche-Welle-Gesetz niedergelegte Finanzierungsgarantie für die Deutsche Welle sichert ihr eine bedarfsgerechte Finanzierung zu. Der Nichtausgleich der Personalkostensteigerungen in den letzten Jahren bewirkt eine faktische Reduzierung um den Wert der Tarifierhöhung. Das musste in den vergangenen Jahren durch konsequente interne Sparanstrengungen und Rationalisierungen, aber letztlich auch durch Einsparungen am Programm kompensiert werden. Demgegenüber sprechen sich CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dafür aus, die Deutsche Welle dauerhaft und spürbar zu stärken.

Aufgrund der anhaltenden Konsolidierungsbemühungen des Bundeshaushalts wird die Deutsche Welle trotz zuletzt moderater Etatzuwächse auch in den nächsten Jahren weitere Sparanstrengungen unternehmen müssen. Gleichwohl nimmt sich der Deutsche Bundestag angesichts der gestiegenen Herausforderungen vor, Spielräume für eine strukturelle Erhöhung des Deutsche-Welle-Etats auszuloten, etwa indem der Bund Personalkostensteigerungen ausgleicht und notwendige Investitionen ermöglicht. Dies betrifft den Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). In der Projektförderung ist ein stärkeres Engagement des Auswärtigen Amtes wünschenswert. Mittels Projektförderung kann auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welches bereits verdienstvoll die DW Akademie fördert, die Deutsche Welle noch weiter unterstützen. Diese Gesamtfinanzierung sollte bereits im Haushaltsentwurf 2016 der Bundesregierung abgebildet werden, um den Gremien der Deutschen Welle Planungssicherheit für ihre Programm- und Haushaltsplanung zu geben und eine adäquate Umsetzung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle zu ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt den von der Deutschen Welle vorgelegten Entwurf der Aufgabenplanung 2014 – 2017 und fordert die Bundesregierung auf,

1. die Deutsche Welle bei der Umsetzung der aus dem Deutschen-Welle-Gesetz abgeleiteten und in der Aufgabenplanung 2014 – 2017 verankerten Ziele und

- Aufgaben nachdrücklich zu unterstützen und, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart, die Deutsche Welle dauerhaft und spürbar zu stärken;
2. die dafür notwendige und bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle langfristig zu gewährleisten und dabei auch die Personalkostensteigerungen angemessen zu berücksichtigen sowie zusätzlich über etwa notwendige Investitionen für die Umsetzung der in der Aufgabenplanung vorgesehenen Neuausrichtung zu beraten;
 3. die Deutsche Welle auch in Zukunft als einen wichtigen Partner der Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands zu verstehen und damit der zunehmenden Bedeutung des Auslandsrundfunks in einer global medial vermittelten Kommunikation und dem wachsenden internationalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Informationen zu entsprechen;
 4. die Deutsche Welle auch in Zukunft als wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu betrachten und bei den Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Mittel) entsprechend verstärkt zu berücksichtigen;
 5. die von der Deutschen Welle angestrebte bessere Vernetzung mit anderen nationalen und internationalen gesellschaftspolitischen Akteuren und die damit verbundene Rolle als Kulturvermittlerin im In- und Ausland zu unterstützen und in diesem Zusammenhang neben dem Beitrag der Deutschen Welle zur Förderung des Beethovenjahres 2020 auch das in den Zeitraum der Aufgabenplanung fallende Reformationsjubiläum im Jahr 2017 sowie das Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 zu berücksichtigen;
 6. gemeinsam mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder für eine wirksame Umsetzung des Kooperationsbeschlusses zwischen der Deutschen Welle und ARD, ZDF und Deutschlandradio zu sorgen und die darin verankerten erheblichen Potenziale der Zusammenarbeit für eine bestmögliche Darstellung Deutschlands in der Welt zu nutzen;
 7. die Arbeit der DW Akademie weiterhin zu unterstützen und auf diese Weise zum Aufbau von freien und unabhängigen Medien und zu ihrer Stärkung beizutragen.“

Berlin, den 17. Dezember 2014

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Dr. Herlind Gundelach

Stellvertretende Vorsitzende

Marco Wanderwitz

Berichterstatter

Martin Dörmann

Berichterstatter

Harald Petzold (Havelland)

Berichterstatter

Tabea Rößner

Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Marco Wanderwitz, Martin Dörmann, Harald Petzold (Havelland) und Tabea Rößner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung der Deutschen Welle auf **Drucksache 18/2536** in seiner 54. Sitzung am 25. September 2014 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda. Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 18/3056 wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung am 14. November 2014 (Drucksache 18/3216 Nr. 3) ebenfalls an diese Ausschüsse überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Deutsche Welle (DW) betont in der Aufgabenplanung 2014 bis 2017, sie präge die mediale Präsenz Deutschlands in der Welt und leiste ihre Arbeit im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Die DW vertrete Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Ausgleich und stelle sicher, dass Werte und Perspektiven, für die Deutschland stehe, in den Zielregionen bekannt würden. Angesichts aktueller Krisen und Konflikte sei es wichtig, eine unabhängige Berichterstattung zu bieten und dabei technisch mit der Zeit zu gehen. Deshalb nutze die DW zunehmend digitale und mobile Plattformen sowie soziale Netzwerke.

Für den Zeitraum der Aufgabenplanung rückt die DW eigenen Angaben zufolge drei Ziele in den Fokus: Sie will die Relevanz ihrer Angebote bei Entscheidern und Teilnehmern an der politischen Meinungsbildung steigern, sie will ihre Reichweite um 50 Prozent auf 150 Millionen Nutzerkontakte wöchentlich in der Zielgruppe erweitern und sie will in eine Spitzenposition unter den Auslandssendern rücken. Die Gewichtung der Sprachangebote folge dabei einer Priorisierung mit dem Ergebnis, dass der Schwerpunkt der programmlichen Anstrengungen auf dem englischsprachigen Angebot liege. Damit werde das höchste Nutzungspotenzial erschlossen, besonders in den wichtigsten Zielregionen Asien und Afrika. Das deutschsprachige Angebot bleibe zwar bedeutend, werde aber unter Kosten- und Nutzenaspekten angepasst. Zentrales Angebot zur Förderung der deutschen Sprache seien die Deutschkurse der DW.

Die DW ziele darauf, die internationale Medienagenda künftig stärker als bisher zu prägen, heißt es in der Aufgabenplanung. Deshalb werde sie sich auch mit anderen nationalen und internationalen gesellschaftspolitischen Akteuren vernetzen.

Die Bundesregierung erklärt in ihrer Stellungnahme zur Aufgabenplanung, sie unterstütze die Neuausrichtung. Wenn die Deutsche Welle ihren Programmauftrag mit begrenzten Mitteln auch künftig erfüllen wolle, sei es konsequent, das journalistische Profil zu schärfen, sich inhaltlich auf Zielgruppen zu konzentrieren und multi-medial zu agieren. Die Bundesregierung begrüßt demnach auch, dass der Auslandssender bestrebt ist, im internationalen Wettbewerb Akzeptanz und Reichweite auszubauen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056 empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 3. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056 empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056 und Annahme einer Entschließung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Ausschussdrucksache 18(22)77) empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu einem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Ausschussdrucksache 18(22)76) hatte der Ausschuss zuvor Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu einem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ausschussdrucksache 18(22)78) hatte der Ausschuss zuvor ebenfalls Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056 und Annahme einer Entschließung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Ausschussdrucksache 18(22)77) empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu einem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Ausschussdrucksache 18(22)76) hatte der Ausschuss zuvor Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu einem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ausschussdrucksache 18(22)78) hatte der Ausschuss zuvor ebenfalls Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** empfahl in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 18/2536, 18/3056.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat sich in seinen Sitzungen am 12. November 2014 und 17. Dezember 2014 auf der Basis der Unterrichtung ausführlich mit der Ausrichtung und den Perspektiven der Deutschen Welle befasst.

Im Ergebnis empfahl der **Ausschuss für Kultur und Medien** am 17. Dezember 2014 Kenntnisnahme und die Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 18(22)77 vorgelegten Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Ausschussdrucksache 18(22)76) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ausschussdrucksache 18(22)78) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bescheinigte der Deutschen Welle hervorragende Arbeit, die trotz großer Veränderungen in den letzten Jahren fortlaufend gelungen sei. Dafür gebühre der Rundfunkanstalt Dank. Die in der Aufgabenplanung skizzierte Neuausrichtung sei angesichts völlig veränderter internationaler Rahmenbedingungen unausweichlich. Der Auslandsrundfunk stehe unter hohem Konkurrenzdruck, die Crossmedialität werde immer wichtiger, neue Distributionswege spielten eine immer größere Rolle. Die klare Fokussierung auf die jetzt gewählten Zielgruppen sei richtig. Richtig sei demzufolge auch, das englischsprachige Angebot auszuweiten. Die Koalition habe verstanden, dass die Deutsche Welle hinreichend finanziell ausgestattet sein müsse, wenn sie ihren Auftrag erfüllen solle. Beide die Bundesregierung tragenden Partner versuchten daher, die Deutsche Welle so zu finanzieren, dass andernfalls nötige Einschnitte im Programm verhindert werden könnten.

Infolgedessen sei die Diskussion nicht zu Ende, sondern werde fortgesetzt. Entscheidungen über die Programmgestaltung bei der DW habe jedoch nicht die Politik zu treffen, sie seien Sache der DW-Gremien, in denen sich ein sehr breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen spiegele. Wenn neue Prioritäten Umstrukturierungen nötig machten, seien personelle Veränderungen nicht auszuschließen. Insofern könnten Veränderungsprozesse auch schmerzhaft sein. Die CDU/CSU-Fraktion werde den Reformprozess bei der DW konstruktiv begleiten.

Die **Fraktion der SPD** verwies ebenfalls auf den von der Deutschen Welle bereits vor Jahren eingeschlagenen Reformkurs, der auf ein verändertes mediales Umfeld, die Digitalisierung, aber auch die Notwendigkeit reagiere, angesichts der Bedeutung politischer Kommunikation ein von professionellen journalistischen Kriterien getragenes Informationsangebot bereitzustellen. Die in der Aufgabenplanung formulierte Ausrichtung setze diesen Reformprozess fort. Ziel müsse es sein, die Relevanz der DW zu steigern, um mehr Menschen zu erreichen und damit jenen Sichtweisen, die die DW transportiert, zu mehr Wahrnehmung zu verhelfen. Gleichzeitig müssten die Kernkompetenzen der DW – hohe regionale Kompetenz, Sprachenvielfalt und nicht zuletzt professioneller Journalismus – erhalten bleiben. Damit die DW ihren Auftrag erfüllen könne, brauche sie die nötigen Mittel. Aus diesem Grund formuliere der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen die Erwartung an die Bundesregierung, die bedarfsgerechte Finanzierung der DW zu gewährleisten und mehr Mittel für steigende Personalkosten und notwendige Investitionen für die Umsetzung der Aufgabenplanung bereitzustellen.

Die Fraktion der SPD erwiderte auf Kritik von Seiten der Opposition, die angestrebte Breaking-News-Fähigkeit der DW widerspreche nicht deren Kernaufgaben. In Krisensituationen suchten die Menschen den Sender, der sie aktuell am besten informiere. Könne die DW in der Konkurrenz mit anderen Auslandssendern hier nicht bestehen, verliere sie ihr Publikum. Die DW wende sich an Informationssuchende, der Vorwurf, der Zuschnitt ihrer Zielgruppen sei elitär, sei falsch.

Auch die **Fraktion DIE LINKE** würdigte die Arbeit der Deutschen Welle. Sie betonte allerdings, es hätte sich gelohnt, sich intensiver mit dem Evaluationsbericht der DW für die Jahre bis 2013 (Drucksache 17/14285) zu befassen, um auf dieser Grundlage die Neuausrichtung zu bewerten, wie sie in der Aufgabenplanung zum Ausdruck komme. Niemand wolle Stillstand, doch nicht alle Akzente der strategischen Neuausrichtung seien nachvollziehbar. Besonderes Gewicht legte die Fraktion auf die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Reformprozess dürften deren Belange nicht aus dem Blick geraten.

Im von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegten Entschließungstext würden sämtliche kritischen Bemerkungen zur Aufgabenplanung der DW ausgeblendet. Die finanzielle Ausstattung der DW werde nicht reichen, um sowohl den Wunsch nach einem englischsprachigen Nachrichtensender als auch nach Sprachenvielfalt, regionaler Kompetenz und deutschsprachigem Programmangebot zu erfüllen. Es sei unverständlich, warum bei der DW jetzt mit Brachialgewalt Veränderungen erzwungen würden.

Die Fraktion stellte folgenden Entschließungsantrag (Ausschussdrucksache 18(22)76) zur Abstimmung:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Welle (DW) genießt seit Jahren wegen der Vielfalt ihres journalistischen Angebots und der Vielsprachigkeit ihres Programms international einen guten Ruf. Der „Evaluationsbericht 2013 der Deutschen Welle“ hat dies bestätigt: „Die Evaluation der journalistischen Angebote der Deutschen Welle zeigt auf, dass die DW ihre Wirkungsziele sehr gut erreicht. (...) DW-Nutzer wissen mehr über Land, Kultur und Wirtschaft als Nicht-Nutzer der Angebote. Damit einher geht ein differenzierteres und positiveres Bild von Deutschland. Stereotype und Vorurteile sind bei DW-Nutzern viel geringer ausgeprägt, die Haltung Land und Leuten gegenüber ist insgesamt deutlich positiver. Zudem trägt das Deutschkurs-Angebot in hohem Maße zur Förderung der deutschen Sprache bei: Das Angebot weist online sowie über die sozialen Medien weltweit eine große Nutzerschaft auf.“ (BT-Drs. 17/14285. S. 363) Trotz erforderlicher Reformmaßnahmen bestätigt der Bericht, dass die bisherige Ausrichtung der DW die im DW-Gesetz vorgesehenen Aufgaben und Ziele trotz struktureller Unterfinanzierung weitgehend erfüllt.

In § 4 des Gesetzes über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“ (Deutsche-Welle-Gesetz - DWG) vom 1. Januar 1998 ist die Aufgabenstellung des Senders festgeschrieben: „Die Angebote der Deutschen Welle sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache.“

Seit seiner Amtsübernahme forciert der neue Intendant der DW, Peter Limbourg, den Umbau des deutschen Auslandssenders zu einem Nachrichten- und „breaking news“-Sender. Die DW soll innerhalb weniger Jahre hinter dem US-amerikanischen CNN und der britischen BBC, aber vor dem russischen Auslandssender „Russia Today“, dem arabischen Al Jazeera und dem chinesischen Staatssender CCTV auf dem dritten Rang unter den weltweit agierenden Sendern platziert werden. Die beim Sender bereits durchgeführten bzw. eingeleiteten gravierenden Struktur- und Personalveränderungen dienen allein dieser inhaltlichen Neuausrichtung der DW. Der Intendant der DW hat unmissverständlich erklärt, dass es an der Zeit sei, „Putins Propaganda endlich

Paroli zu bieten“. Es herrsche global eine „Auseinandersetzung der Werte“, an der sich zu beteiligen, er für eine „nationale Aufgabe“ hält (DIE ZEIT Nr. 40, 25.09.2014). Das ist die Sprache des Kalten Krieges. Diese geplante Neuausrichtung der DW steht im Gegensatz zur Ziel- und Aufgabenstellung gemäß § 4 DWG und weicht die in § 5 DWG festgehaltenen Programmgrundsätze auf. Der Sender soll der globalen Interessenpolitik Deutschlands untergeordnet werden. Dies führt in der Konsequenz dazu, dass journalistische und redaktionelle Unabhängigkeit eingeschränkt werden.

Mit der Konzentration auf die englische Sprache will der Sender in Zukunft vor allem „Meinungsbildner“ und „Entscheidungssträger“, also einflussreiche Multiplikatoren in den jeweiligen Ländern erreichen. Der Deutsche Bundestag lehnt sowohl die geplante Beeinflussung nationaler Eliten als auch die damit verbundene Beschneidung des bisherigen vielsprachigen Angebots der DW ab. Gegen die stärkere Verwendung der englischen Sprache im Programmangebot der DW bestehen hingegen keine Einwände, wenn das Englische nicht zur zweckgerichteten „Leitsprache“ wird und die deutsche Sprache und die sprachliche Vielfalt dabei nicht auf der Strecke bleiben. Denn auch die Verdrängung der deutschen Sprache widerspricht dem DWG. Die deutsche Sprache muss neben Englisch Schwerpunkt bleiben. Deutsche und Deutschsprachige im Ausland müssen auch künftig Zielgruppe für die DW sein.

Es besteht keine Veranlassung für einen solch radikalen Schnitt, wie er vom Intendanten vorgesehen, in den DW-Gremien gebilligt und in der „Aufgabenplanung Deutsche Welle 2014 – 2017“ entwickelt wurde. Um ihrem Programmauftrag gerecht zu werden, muss die DW keineswegs in eine weltweite Konkurrenz um Meinungsführerschaft oder Marktanteile mit CNN, der BBC oder „Russia Today“ treten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich gegenüber der Deutschen Welle dafür einzusetzen,

a) dass die DW nicht in einen Nachrichtensender umgewandelt wird und dass sich Intendant und DW-Gremien an Buchstaben und Intention des Deutsche-Welle-Gesetzes halten, journalistische Qualität garantieren und die redaktionelle Unabhängigkeit unangetastet lassen,

b) dass die DW auch künftig schwerpunktmäßig in deutscher Sprache sendet,

c) dass die DW gemäß der im „Evaluationsbericht 2013 der Deutschen Welle“ vorgeschlagenen Reformmaßnahmen weiterentwickelt und modernisiert wird. Dazu zählen Reformen und Modernisierungsmaßnahmen, die den Sender „auf die Höhe der Zeit“ in Sachen Digitalisierung und Internetzeitalter bringen und dabei der Intention des DWG und des Programmauftrages vollauf entsprechen. Dazu gehören die „crossmediale Vernetzung“, eine stärkere und effektivere Regionalisierung genauso wie die Kooperation mit internationalen Partnern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders sind in alle diese Reformmaßnahmen angemessen einzubeziehen,

d) dass die beim Sender bestehenden prekären Beschäftigungsverhältnisse durch feste bzw. fest-freie Arbeitsverträge ersetzt werden,

e) dass der Sender sich seiner besonderen Sorgfaltspflicht gegenüber ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach Ende ihrer Beschäftigung in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssten und dort wegen ihrer journalistischen Tätigkeit mit Repressionen zu rechnen hätten, nicht entzieht,

2. das strukturelle Finanzierungsdefizit unter Maßgabe der Umsetzung der Empfehlungen des Evaluationsberichts und des Verzichts auf die Ausrichtung der Deutschen Welle als reinem Nachrichten- und „breaking news“-Sender zu beseitigen.

Bedeutung und Rolle der Deutschen Welle stellte die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ebenfalls nicht in Frage. Die DW sei eine wichtige Stimme auf unfreien Medienmärkten und sie sei für die Demokratieförderung wichtig. Geprägt werde die Deutsche Welle jedoch durch die Sprachenvielfalt ihres medialen Angebots und ihre Kompetenz auf regionalen Märkten. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass sie aus Steuermitteln finanziert werde, sei die DW gerade nicht auf hohe Quoten und eine herausgehobene Position im Wettbewerb mit anderen Auslandssendern angewiesen. Es stelle sich daher die Frage, ob die DW ihre Ressourcen richtig einsetze, wenn sie mit Blick auf die Konkurrenz prioritär auf vergrößerte Reichweiten ziele. In jedem Fall sei bei der Umsetzung des Reformprozesses auf Transparenz gegenüber den Beschäftigten der DW zu achten. Sie müssten in alle Entscheidungsprozesse fortlaufend einbezogen werden.

Die Fraktion warnte davor, das Alleinstellungsmerkmal der Deutschen Welle, Stimme in unfreien Medienmärkten zu sein, zugunsten eines englischsprachigen Nachrichtenkanals aufs Spiel zu setzen. Stattdessen sollte

die DW zusätzliche Reichweite über viele verschiedene Angebote und Sprachen suchen und durch ihre kompetente Hintergrundberichterstattung ein breites Spektrum an Informationssuchenden, auch jenseits der Gruppe der Entscheider, bedienen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ausschussdrucksache 18(22)78) hatte folgenden Wortlaut:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Welle hat als deutscher Auslandsrundfunksender die Aufgabe, „Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. [Die Angebote] sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern.“ Ihre Aufgaben und Ziele sind im Deutsche-Welle-Gesetz insbesondere in § 3 und § 4 festgelegt.

Die vorgelegte Aufgabenplanung dokumentiert, dass die Deutsche Welle eine Spitzenposition unter den internationalen Auslandssendern einnehmen und Sendern wie BBC Konkurrenz machen soll. Damit begibt sich die Deutsche Welle in einen aussichtslosen Konkurrenzkampf, der inhaltlich zulasten der sendereigenen Stärken geht. Diese Stärken liegen unter anderem bei der Berichterstattung in zahlreichen Regionalsprachen und der weltweiten Unterstützung beim Aufbau bzw. der Fortentwicklung einer freiheitlichen Medienlandschaft durch die DW Akademie.

Zu den in der Aufgabenplanung formulierten Schwerpunkten der nächsten drei Jahre steht das Budget des Senders in keinem Verhältnis. Deshalb muss der Gesetzgeber die Frage klären, was die Deutsche Welle im Rahmen ihres Budgets tatsächlich leisten soll und kann. Die Ziele des Auslandssenders müssen also im Deutsche-Welle-Gesetz besser spezifiziert und priorisiert werden.

Die mit der neuen Intendanz des Hauses eingeführte Fokussierung auf die elitäre Zielgruppe der „Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung“ ist unvereinbar mit der im Gesetz geregelten Förderung der Völkerverständigung und Demokratieförderung. In den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit genießt die Deutsche Welle einen sehr guten Ruf, weil sie die gerade für unfreie Medienmärkte elementaren Funktionen eines in Regionalsprache verfassten Informationskanals und der Medienbildung erfüllt.

Die Umstrukturierung des Hauses hin zu einem „breaking news“-fähigen Sender ist nicht nur im Hinblick auf die damit verbundenen personellen Kürzungen kritikwürdig. Dem richtigen Ansatz einer Modernisierung der Deutschen Welle muss die passgenauere Wahl der Form für die Berichterstattung zugrunde liegen – und nicht Einsparungen an Sprachen und Personal zugunsten eines Ziels, für das die Deutsche Welle weder journalistisch noch rechtlich ausgestattet ist. Auch die Konzentration auf Englisch als Hauptsprache ist fatal, da es bereits eine Reihe von Informationsangeboten auf Englisch, aber nicht in Regionalsprachen gibt. In der Vielsprachigkeit liegt die Stärke und Kompetenz der Deutschen Welle.

Die Ursache für die teilweise mangelnde Reichweite der in Regionalsprachen verfassten Beiträge liegt nicht an der Sprachenvielfalt, sondern an der gewählten Medienform. Es ist die Aufgabe der Deutschen Welle, regionalspezifische Alternativen zum linearen Rundfunk anzubieten. Diese mit der passenden Medienform zu verknüpfen, sollte der Schwerpunkt der Deutschen Welle sein.

Zum Ziel der Vermittlung Deutschlands als europäisch gewachsene Kulturnation in der Welt gehört untrennbar der Einsatz für die Pressefreiheit, für die sich gerade die DW Akademie mit der Förderung freier und unabhängiger Medien in aller Welt in vorbildlicher Weise einsetzt.

Umso unverständlicher ist in diesem Zusammenhang die Kooperation zwischen der Deutschen Welle und dem chinesischen Staatsfernsehen CCTV. Als größter chinesischer Fernsehsender und Teil der staatlichen Verwaltung für Radio, Film und Fernsehen ist er die rechte Hand für staatliche Propaganda. Kritische JournalistInnen und BloggerInnen in China werden dagegen von der Staatsführung schikaniert, behindert und zensiert. Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen müssen sie sich beispielsweise für ihre Beiträge vor den laufenden Kameras des CCTV entschuldigen. Dieses Unrecht ist im Mai 2014 auch der chinesischen Mitarbeiterin der Deutschen Welle Gao Yu widerfahren. Sie ist weiterhin in Haft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das Deutsche-Welle-Gesetz so zu reformieren, dass

a. insbesondere in § 4, der die Aufgabenbeschreibung des Auslandssenders beinhaltet, eine klare Schwerpunktsetzung auf Demokratieförderung und Krisenberichterstattung zu erkennen ist. Es muss das Ziel der

Deutschen Welle sein, die Nummer eins der unabhängigen Informationsanbieter in unfreien Medienmärkten zu werden.

b. die Deutsche Welle für ihre Aufgabenerfüllung im Rahmen der in 1a. formulierten Neuausrichtung angemessen ausgestattet ist.

c. die Aufgabenplanung um ein Personal- und Finanzkonzept ergänzt werden muss. Aus diesem Konzept muss die im Rahmen der Umstrukturierung erfolgte sprachliche, mediale und personelle Schwerpunktsetzung eindeutig hervorgehen. Das Personal- und Finanzkonzept soll öffentlich einsehbar sein.

d. arbeitnehmerähnliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (so genannte „feste Freie“) als Beschäftigte im Sinne des § 90 Nr. 5 Bundespersonalvertretungsgesetz gelten und das § 90 Nr. 5b) aus dem Gesetz gestrichen wird. Damit werden dem Personalrat der Deutschen Welle Vertretungsrechte für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeräumt.

e. die personelle Besetzung des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats der Deutschen Welle in § 31 respektive § 36 des Deutsche-Welle-Gesetzes dem im Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 25. März 2014 thematisierten Grundsatz der Vielfaltsicherung entspricht. Bei der Besetzung der Gremien ist auf eine Auswahl insbesondere nach Alter, Geschlecht und journalistischem Hintergrund zu achten, die personelle und programmatische Diversität des Senders widerspiegelt.

f. Kooperationsvereinbarungen der Deutschen Welle insbesondere mit ausländischen (Staats-)Sendern der Zustimmung mit qualifizierter Mehrheit des Rundfunkrats bedürfen.

2. auf die Schwerpunktsetzung der Deutschen Welle so einzuwirken, dass

a. das vielfältige Sprachenangebot der Deutschen Welle in von Klick- oder Quotenzahlen unabhängigem Umfang weitgehend beibehalten wird. Eine Kohärenz zwischen den existierenden Länderangeboten der Deutschen Welle und Aktivitäten des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor Ort ist herzustellen.

b. insbesondere im Hinblick auf 2a. die sprachliche und personelle Vielfalt des Personals der Deutschen Welle ausgeschöpft und gepflegt wird.

c. die Wahl der medialen Form (lineares Fernsehen, Radio, Multimediaangebot, Blog) für jede der von der Deutschen Welle unterstützten Sprachen an den heimischen Medienmarkt angepasst wird.

d. zuverlässige und störunanfällige Angebote wie die Kurzwelle unabhängig von aktuellen außen- oder geopolitischen Konflikten beizubehalten und den Erhalt der bewährten Relaisstation in Kigali zu sichern.

e. zu prüfen, ob die Projektfinanzierung der DW Akademie zur Sicherung ihres Erfolgs um eine grundlegende institutionelle Förderung ergänzt wird.

3. zu prüfen, ob die in der Aufgabenplanung skizzierten Umstrukturierungen sich reduzierend auf die ODA-Anrechenbarkeit (Official Development Assistance) der Deutschen Welle auswirken.

4. die Projektförderung durch das BMZ insbesondere im Hinblick auf die Meinungsfreiheit sowie den von Zugang zu Medien und Information in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen.

Begründung

Ad 1a. Zur Demokratieförderung: Der Deutsche Bundestag sieht eine wesentliche Aufgabe der Deutsche Welle darin, Informationssuchende in unfreien Medienmärkten mit unabhängigen Nachrichten zu versorgen. Dies ist unter anderem im Hinblick auf die Stabilisierung von Krisengebieten wichtig. Der Anspruch, profunde Informationen und Hintergründe aus Deutschland und aus anderen Staaten als unabhängiges Medium zu liefern, darf aber nicht bedeuten, in einen Wettbewerb um die schnellste und erste Nachricht einzutreten. Auch kann dieses Ziel nicht mit einer Reduzierung auf das Englische einhergehen. Dies betrifft insbesondere auch die Berichterstattung aus und in Krisengebieten.

Ad 1b. Zur angemessenen Mittelausstattung: Um sicherzustellen, dass die Deutsche Welle ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann, muss die finanzielle Ausstattung des Senders den Aufgaben angemessen sein.

Ad 1c. Zum transparenten Personal- und Finanzkonzept: Der Gesetzgeber entscheidet über die Höhe des jährlichen Budgets der Deutschen Welle, ohne Einblick in ihr Personal- und Finanzkonzept zu haben. Um die Ausgabe von Steuermitteln in dreistelliger Millionenhöhe zu legitimieren, ist die Nachvollziehbarkeit der Ausgaben- und Personalplanung dringend vonnöten.

Ad 1d. Zum Personalvertretungsrecht: Die Deutsche Welle arbeitet – wie im Medienbereich üblich – mit vielen so genannten „festen freien“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese müssen im Deutsche-Welle-Gesetz mit Beschäftigten gleichgestellt werden, um eine Vertretung durch den Personalrat zu erfahren und so in ihren Rechten den regulär Beschäftigten des Senders gleichgestellt werden zu können.

Ad 1e. Zur Gremienbesetzung: Der Rundfunk- und der Verwaltungsrat der Deutschen Welle entscheiden über die programmatische und strategische Ausrichtung des steuerfinanzierten, global operierenden Senders. Um diese Arbeit erfolgreich durchführen zu können, muss die Mitgliederstruktur dieser Gremien die auch beim Personal vorhandene Diversität im Hinblick auf Alter, Geschlecht, journalistischem Hintergrund und regionaler Herkunft widerspiegeln.

Ad 1f. Zu Kooperationsvereinbarungen: Nach derzeitigem Stand ist der Rundfunkrat nicht explizit mit der Zustimmung zu außenpolitisch bedeutsamen Kooperationen betraut. Um eine Legitimation der Aktivitäten der vom Steuerzahler finanzierten Deutschen Welle in der Bevölkerung zu erreichen, soll Kooperationsvereinbarungen zwingend ein Beschluss des Rundfunkrats, das zugleich das programmatische Kontrollgremium der Deutschen Welle ist, vorausgehen.

Ad 2a. Zum Sprachangebot: Demokratische Werte und die Verständigung der Kulturen zu fördern, ist gesetzliche Kernaufgabe der Deutschen Welle. Ein breites Sprachenangebot der Deutschen Welle, das sich sowohl von mangelnden Klickzahlen oder Quoten als auch von außenpolitischen Kernregionen weitgehend unabhängig macht, fördert Vielfalt. Gleichzeitig ist in den Sprachen bzw. Ländern, in denen die Deutsche Welle empfangen wird, ein kohärentes und damit inhaltlich und steuerlich effektives Wirken mit den Tätigkeiten des Auswärtigen Amtes und des BMZ sicherzustellen.

Ad 2b. Zum Personal: Die Umstrukturierung darf nicht zulasten der Belegschaft der Deutschen Welle gehen, die in ihrer journalistischen und regionalspezifischen Kompetenz wesentlich zur Aufgabenerfüllung beiträgt und für den guten Ruf der Deutschen Welle verantwortlich ist.

Ad 2c. Zu Medienformen: Der vorliegenden Aufgabenplanung zufolge setzt die Deutsche Welle wieder verstärkt auf lineares Fernsehen. Der globale Medienmarkt aber kennt längst interaktivere, reichweitenstärkere und regional passgenauere Formate. Es ist die journalistische und vertriebliche Aufgabe der Deutschen Welle, vor der Bereitstellung von Angeboten die Situation auf dem Medienmarkt eines Landes zu prüfen und die Form ihrer Berichterstattung hieran anzupassen.

Ad 2d. Zu störunanfälligen Angeboten: Um ihren gesetzlichen Auftrag ausführen zu können, muss die Deutsche Welle störunanfällige Angebote wie die Relaisstation in Kigali, Ruanda, unbedingt aufrechterhalten. Dies ist umso wichtiger, da geo- und außenpolitische Konstellationen sich jederzeit ändern können und eine jederzeit von infrastrukturellen Fragen unabhängige Berichterstattung nötig macht.

Ad 2e. Zur DW Akademie: Die DW Akademie ist das deutsche Aushängeschild für Medienentwicklung und Journalistenausbildung weltweit. Sie setzt sich erfolgreich und nachhaltig für das Recht auf Informations- und Pressefreiheit insbesondere in unfreien Medienmärkten und Schwellenländern ein. Eine institutionelle Verstärkung ihrer Finanzen garantiert der DW Akademie eine über derzeit drei Jahre hinausgehende Planungssicherheit.

Ad 3. Zur ODA-Quote: Das Budget der Deutschen Welle wird größtenteils auf die jährlich zu ermittelnde deutsche ODA-Quote angerechnet. Mit der zunehmenden Fokussierung auf englischsprachige Inhalte, „globale Entscheider“ als primäre Zielgruppe und der zuletzt öffentlich gewordenen Kooperation mit dem chinesischen Staatssender CCTV droht die Deutsche Welle zum Trägermedium einer wirtschaftspolitischen Agenda zu werden, deren Anrechnung auf die deutschen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit zumindest zweifelhaft ist.

Ad 4. Zur Projektförderung durch das BMZ: Die Deutsche Welle erhält neben dem Budget aus dem Haushalt der Kulturstaatsministerin auch Projektgelder aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Über viele Jahre hat die Deutsche Welle so ein erhebliches Maß an Erfahrung und Reputation im Bereich der Medienbildung in der Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut. Diese Werte gilt es zu erhalten und auszubauen.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Marco Wanderwitz
Berichtersteller

Martin Dörmann
Berichtersteller

Harald Petzold (Havelland)
Berichtersteller

Tabea Rößner
Berichterstellerin

